

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten... Preis pro Nummer...

Bezugs-Verfahren... Einzelhefte...

Verantwortlicher... Druck u. Verlag...

Dr. Gradnauer sächsischer Ministerpräsident.

Keine Einigung mit den Polen.

Berlin, 14. März. In den Verhandlungen zwischen den deutschen und den interalliierten Unterhändlern in Polen wurde zunächst beschlossen, das zu bearbeitende Material einer militärischen und einer zivilen Unterkommission zur Beratung zu überweisen.

Die militärische Unterkommission trat noch am 7. März zu einer Sitzung zusammen. Der Vorschlag der Alliierten, an der Demarkationslinie eine neutrale Zone von einem Kilometer Breite festzusetzen, wurde im Prinzip angenommen.

Wenn die militärischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, steht noch nicht fest. Ebenso ist es noch unbestimmt, ob in der Unterkommission oder direkt in der Hauptkommission weiter über die militärischen Fragen verhandelt werden wird.

Auch die Arbeiten der zivilen Unterkommission, welche die Verkehrs-, Wirtschafts- und Weisefragen behandeln, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Der Verband zur Polenfrage.

Eigene Drahtmeldung der Dresdn. Nachr. Genf, 11. März. Der „Antantagant“ macht Mitteilung über die Regelung der deutsch-polnischen Grenzfragen und erklärt, daß die Grenze ein ausgedehntes Gebiet östlich der Rufe enthalten wird.

Das Schicksal Danzigs.

Basel, 14. März. (Eig. Drahtmeld.) Nach einer Pariser Meldung hat die unter dem Vorsitz Cambons stehende Kommission für polnische Angelegenheiten einstimmig Danzig dem polnischen Staate anerkannt.

Offpreussens Zuechtdigkeit zum Reich.

Königsberg, 11. März. Der ostpreussische Provinzial-Landtag hat einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der er die Einberufung gegen jede Abtretung ostpreussischer Gebiete ablehnt und die Erwartung ausdrückt, daß die Reichsregierung mit allen Mitteln dafür eintreten werde, daß Ostpreußen in seiner fast 700jährigen deutschen Kultur in seinem bisherigen Umfang beim Deutschen Reich und bei Preußen verbleibe.

Die Dauer der Pariser Friedensverhandlungen.

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtmeld.) Nach einem Berliner Blatt nimmt man in unterrichteten Kreisen an, daß die Pariser Friedensverhandlungen, an denen die deutschen Delegierten teilnehmen, nur von sehr kurzer Dauer sein werden. Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß die Entente keine Neigung zeigt, ausführliche Verhandlungen zuzulassen, wie sie überhaupt auch sonst sehr wenig entgegenkommen an den Tag legt.

Rotterdam, 14. März. Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz hat am Mittwoch an Deutschland die Aufforderung ausgesprochen, die am 26. März in Versailles beginnen, zu entscheiden.

Wilson gegen die Internationalisierung der Kanäle. Eigene Drahtmeldung der Dresdn. Nachr. Genf, 14. März. Nach neuerer Meldung des schweizerischen Delegierten, auf der Friedenskonferenz Einspruch gegen die vom Fernverkehr geforderte Internationalisierung des Suez- und des Panama-Kanals zu erheben.

Verbandskontrolle über die europäische Schifffahrt.

Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachr. Genf, 14. März. Der „Temp“ meldet: Englands Bevollmächtigter zur Alliiertenkonferenz sind der Auffassung Frankreichs beigetreten, daß die Alliierten auf 30 Jahre die Kontrolle der europäischen Frachtschiffraum zur Sicherung der Bestimmungen des Völkerbündnisses übernehmen sollen.

Französische Kolonialtruppen für die Rheinlande.

Brux., 13. März. „Leit Parisien“ erzählt, daß wahrscheinlich im Frühjahr die schwarzen Truppen an den Rhein geschickt werden.

Neue Heereien in Berlin.

Berlin, 14. März. (Eig. Drahtmeld.) Die Straßener, die für gute Bezahlung politische Brandstiftung betreiben, tauchen schon wieder auf, und außerdem wird von verschiedenen Seiten zu Programmen großen Stils aufgerufen. In den frühen Morgenstunden tauchen in den Häusern im Westen Männer in Matrosen- und Soldatenkleidung auf, immer zu zweien und dreien. Sie warten dann den Zeitpunkt ab, da die Pforten die Häuser öffnen, und suchen unter Drohungen von ihnen zu erforschen, ob und in welchem Stodwerke des betreffenden Hauses Juden wohnen. Auch sonst wird für Programme Stimmung gemacht.

Die Opfer der Berliner Kämpfe.

Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachr. Berlin, 14. März. Nach einer zuverlässigen Information ist die Zahl der Toten der Berliner Straßenkämpfe auf 900, die der Verwundeten auf über 1600 zu schätzen. Allein 18 unbekannte Tote waren eingeleiert. — Soweit bis jetzt eine Schätzung möglich ist, dürfte der Gesamtschaden der Berliner Revolution 2 Milliarden Mark erreichen.

Festnahme sozialistischer Händler.

Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachr. Berlin, 14. März. In Frankfurt a. O. wurden etwa 50 Spartakisten, zum größten Teile Matrosen, bei ihrem Eintreffen festgenommen. Sie waren im Besitze von gestohlenen Geld und Juwelierwaren, sowie von aus dem Depot gestohlenen Meeresbehältern. Auch in Kärnten wurden geflüchtete Spartakistentruppen aus Berlin unerschütterlich gemacht.

Spartakus-Taktik.

Verbrecher sind mit allen Händen gefast, trotz aller bestialischen Rohheit aber feige, wenn es ernst wird. So suchen sich jetzt die Spartakisten, wie von zahlreichem Zeugnis berichtet wird, durch Beschaffung falscher Ausweise der drohenden Strafe zu entziehen. Festen — meist Soldaten — von amtlichen Ausweisen werden 500, ja sogar 1000 Mk. für Verkauf dieser Ausweise geboten! Die Spartakisten bezwecken damit, einerseits der drohenden Umzingelung mit Hilfe dieser Ausweise zu entgehen, anderseits den Verkehr nach ihren letzten Stützpunkten aufrecht zu erhalten und schließlich Spione und Agenten in das Lager der Regierungstruppen zu entsenden.

Eichhorn meldet sich wieder.

Weimar, 14. März. Von dem Hrn. Eichhorn liegt ein Schreiben an den Präsidenten der Nationalversammlung vor, in welchem er aus Braunschweig, wo er bei seinen kommunistischen Freunden Unterschlupf gesucht hat, ankündigt, daß er an den Sitzungen der Nationalversammlung teilnehmen werde unter der Voraussetzung des Schutzes seiner persönlichen Freiheit durch den Präsidenten.

München vor neuen Unruhen?

Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachr. München, 14. März. Die Münchner Kommunisten haben am Mittwoch dem Zentralrat der Räte einen Beschluß anstellt, der sich gegen die Einberufung des Landtags ausdrückt und nochmals die Fiktivität des bewaffneten Proletariats fordert. Der Beschluß enthält die Drohung, daß 6000 kommunistische Bewaffnete in München zur Durchführung der Forderung bereit stehen.

Ruhe im Ruhrrevier.

Düsseldorf, 13. März. Der Belagerungszustand ist heute wieder aufgehoben worden.

Königsberg „Sicherheitswehr“.

Königsberg, 14. März. In welcher unverantwortlichen Händen die Sicherheit Königsbergs seit der Bildung der Marinemehr lag, zeigt ein teilweiser Auszug, den die „Ostpr. Ztg.“ aus den Straßakten der 4. Kompanie dieser Wehr veröffentlicht. Danach waren allein 13 Mitglieder der Kompanie wegen Körperverletzung, Diebstahl, Einbruch, Schererei teilweise wiederholt verurteilt. Aus einer anderen im Schloß vorgefundenen Aufstellung geht hervor, daß der alte Soldatenrat, der aus Wehrheitssozialisten und Unabhängigen bestand, für die Propaganda über 120 000 Mk. öffentliche Gelder ausgeben hat.

Dr. Gradnauer zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt.

In der Sitzung der Sächsischen Volkskammer, die am heutigen Freitag stattfand, wurde der bisherige Ministerpräsident, Minister des Innern und Meisters Dr. Gradnauer mit 49 von 91 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt.

Nach der Umwälzung im November 1918 war Dr. Gradnauer mit dem Amte des Justizministers betraut worden. Als im Januar die Unabhängigen aus der Regierung ausschieden, wurde ihm das Ministerium des Innern und Meisters, zugleich mit der vorläufigen Ministerpräsidentenwürde, übertragen.

Ministerpräsident Dr. Georg Gradnauer ist geboren am 10. November 1866 in Werdau. Er besuchte dort das Gymnasium von 1876 bis 1885, studierte darauf Geschichte und Philosophie in Gießen, Berlin, Marburg und Halle, promovierte 1889 zum Dr. phil. und diente dann von 1890 bis 1899 im 4. preussischen Infanterie-Regiment. Von 1899 bis 1906 war er Sekretär der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ „Der Dresdner Volkskämpfer“. Von 1907 bis 1908 gehörte er der Redaktion des „Vorwärts“ in Berlin an. Im Jahre 1908 wurde er als Vertreter des Reichstages in Dresden in den Reichstag gewählt. 1907 ging der Kreis auf Dr. Meines über. 1912 wurde Dr. Gradnauer, der zwischen die Wahl der „Dresdner Volkszeitung“ übernommen hatte, wiederum von Dresden-Wahl in den Reichstag gewählt.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 13. März. Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spa vom 12. März. Bezüglich des von den Franzosen abgeleiteten Oberbakteriologen von Manana war dementsprechend um Anstellung gebeten worden. Die heute gegebene Auskunft lautet dahin, daß Oberbakteriologe Wöhlmann nicht mehr das Vertrauen der französischen Militärbehörde genießt und ihm daher der Abgang nahegelegt worden sei. Eine sachliche Auffklärung über die Gründe der Waffregelung wurde nicht gegeben. Pensionen an im Reichslande wohnenbleibende ehemalige Beamte werden nach den Entscheidungen von Paris nicht mehr ausbezahlt werden, wenn auf Grund eines gegenseitigen Abkommens die deutsche Regierung der französischen einen entsprechenden Vorstoß gibt. Frankreich sei nicht in der Lage, diese Pensionen zu zahlen. — Zum Ergehen der Alliierten, besonders Telegraphenlinien von Berlin nach den besetzten Gebieten zu errichten, wurde das grundsätzliche Einverständnis der deutschen Regierung erklärt unter der Voraussetzung der Zusage der Gegenseite für die Zeit der Friedensverhandlungen und der Gewährung nur des Ardenenschlusses. — General Rudant überreichte eine Note, wonach die französische Armee Instruktionen über die Heimführung des deutschen Sanitätspersonals, namentlich auch der aktiven Sanitätsoffiziere und Geisteslichen, erhalten hat.

Frankreich fordert die Auflösung der Arbeiterräte.

Mannheim, 14. März. Die Landeszentrale der Bauern- und Vorkräfte Baden meldet, daß infolge des Putschversuchs vom 22. Febr. der französische Abt in Mittelfrankreich die Einholung der auf dem Schloß aufgesessenen roten Hahne, rechte Waffeneinziehung und Wiedererrichtung der befreiten Gefangenen und gemäß den Waffenstillstandsbedingungen die Auflösung der Arbeiterräte in der neutralen Zone verlangt hat, die von der sächsischen vorläufigen Volksregierung nun in die Wege geleitet werden muß.

Amerikanisches Weizenmehl in Tui-burg eingetroffen.

Köln, 14. März. Der „Köln. Ztg.“ zufolge soll die erste Sendung amerikanischen Weizenmehles, die im Duisburger Hafen eingetroffen ist, durch regelmäßige weitere Sendungen ergänzt werden, da in Rotterdam große Mengen zur Verbilligung bereitstehen sollen. Das Mehl war ursprünglich für die amerikanische Besatzung bestimmt, doch ist sein Verwendungszweck später dahin abgeändert worden, daß es für die reichsdeutsche Bevölkerung verwendet werden soll. — In den Reichslandsparlamenten des Hamborner Bezirkes wurde bekanntgegeben, daß die Firma Thünen für ihre Arbeiter im Auslande größere Mengen Lebensmittel eingekauft habe, deren Ankauf in den nächsten Tagen von Holland aus erwartet wird.

Die bolschewistische Gefahr in Amerika.

Amsterdam, 13. März. Aus New-York Meldungen geht hervor, daß die revolutionäre Bewegung in den Vereinigten Staaten erhebliche Fortschritte macht. Die Arbeiterorganisationen sind sich zunehmend bewußt, daß unter dem Einfluß radikaler Elemente geraten und es droht zwischen ihnen und den Behörden ein offener Konflikt, der darauf zurückzuführen ist, daß die Kommission zur Betämpfung des Bolschewismus dem Kongress eine Gesetzesvorlage eingereicht hat, die strenge Strafen gegen die revolutionäre Propaganda vorseht. Daraufhin haben die Arbeiterorganisationen von Virginius mit dem Generalkonferenz für den Fall des Auftretens des Bolschewismus abgedroht. Im Staate New Jersey ist für diesen Fall ein Streik angekündigt worden, der daneben auch soziale Ursachen hat und der sich in der Hauptsache um die Frage der gesetzlichen Anerkennung der Gewerkschaften handelt. Auch in Buffalo, das seit langem ein Zentrum revolutionärer Bestrebungen ist, hat sich die Situation ebenfalls verschärft, daß die Konzentration von Truppen entsandt hat, die im Falle etwaiger Unruhen die Ordnung wieder herstellen sollen.

New-York, 13. März. (New-York.) Von der Polizei wurde heute früh das East Side River Building ausgebaut, wo 108 Männer und zwei Frauen gefangen